

„Hartz IV“ und die Folgen

Noch mehr Kinderarmut in Deutschland

Hierzulande wachsen heute mehr Kinder und Jugendliche als noch vor wenigen Jahren in materieller Not oder unbefriedigenden Wohn- bzw. Lebensverhältnissen auf. Von einer „Infantilisierung der Armut“ (Richard Hauser) spricht man, weil junge Menschen die am häufigsten und am stärksten von Unterversorgungslagen betroffene/bedrohte Altersgruppe bilden. Nach den neuesten Zahlen des Statistischen Bundesamtes bezogen Ende 2003 ca. 1,08 Mio. Kinder unter 18 Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Beim Sozialhilfebezug existiert eine Dunkelziffer, die dafür spricht, andere Maßstäbe für Armut und Unterversorgung anzulegen. Tut man dies, sind sogar 2 bis 2,8 Mio. Kinder und Jugendliche (von insgesamt knapp 15 Mio.) arm, was zu psychosozialen Belastungen führen kann und den Ausschluss junger Menschen aus vielen Lebenszusammenhängen nach sich zieht.

VON CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Das nach Peter Hartz benannte Gesetzespaket markiert eine Zäsur für die Entwicklung von Armut bzw. Unterversorgung in Ost- und Westdeutschland. Besonders mit Hartz IV sind Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht verbunden, die das politische Klima der Bundesrepublik auf Jahrzehnte verschlechtern werden. Aus dem „rheinischen Kapitalismus“, wie ihn die in der „alten“ Bundesrepublik aufgewachsenen Menschen als „Soziale Marktwirtschaft“ oder „Modell Deutschland“ kannten, wird mit Hartz IV wohl endgültig jener „schweinisher Kapitalismus“ nach angloamerikanischem Muster, vor dem man sie immer gewarnt hatte.

Hartz IV bedeutet eine Zäsur

Durch die Umsetzung des im Vermittlungsausschuss von Bundestag und -rat weiter radikalisierten Konzepts der sog. Hartz-Kommission (Ausweitung nicht nur „haushaltsnaher“ Mini-Jobs sowie der Leih- bzw. Zeitarbeit und der in „Ich-“ bzw. „Familien-AGs“ organisierten Scheinselbstständigkeit) dürfte der staatlich geförderte Niedriglohnsektor an Bedeutung gewinnen. Den armen Erwerbslosen treten noch mehr erwerbstätige Arme zur Seite. Längst reichen selbst viele Vollzeitverhältnisse nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, so dass man Nebenjobs



Foto: dpa

Hilfe zum Lebensunterhalt für mehr als 1 Million Kinder und Jugendliche. Diese „Kinderarmut“ bedeutet den Ausschluss junger Menschen aus vielen Lebenszusammenhängen.

übernimmt und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (schwarz) weitergearbeitet wird.

Ab 1. Januar 2005 müssen Langzeitarbeitslose jede Stelle annehmen, auch wenn die Bezahlung weder tarifgerecht ist noch dem ortsüblichen Lohn entspricht. Eingerichtet wurde damit eine Rutsche in die Armut: Nach Ablauf der auf maximal 18 Monate (bisher: 32 Monate) verkürzten Bezugszeit des Arbeitslosengeldes I erhält man unter bestimmten Bedingungen das neue Arbeitslosengeld II, welches präziser „Sozialhilfe II“ heißen würde, weil es nicht mehr den Charakter einer Lohnersatzleistung hat, die – wenn auch auf einem viel niedrigeren Niveau – den früheren Lebensstandard erhält, vielmehr den Charakter einer Fürsorgeleistung, die bloß der Existenz-

sicherung dient, genauso wie das Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Familienangehörige.

Langzeitarbeitslose müssen für eine „Mehraufwandsentschädigung“ von 1 oder 2 Euro pro Stunde zusätzliche und im öffentlichen Interesse liegende Arbeit leisten, soll ihr Arbeitslosengeld II nicht zunächst um 30 Prozent sinken und später ganz entfallen. Die sog. 1-Euro-Jobs dürften auf dem Arbeitsmarkt zu einem harten Verdrängungswettbewerb nach unten führen. Geringqualifizierte müssen gewärtigen, dass man sie durch Arbeitslosengeld-II-Bezieher/innen ersetzt, was Auswirkungen auf das gesamte Lohngefüge haben wird.

Während der Spitzensteuersatz zum 1. Januar 2005 noch einmal von 45 auf 42 Prozent



sinkt, was Kapitaleigentümer und Großverdiener in Champagnerlaune versetzen dürfte, macht sich bei prekär Beschäftigten und Langzeitarbeitslosen, die zur selben Zeit einen weiteren sozialen Abstieg erleben, Katerstimmung breit. Sie haben das Gefühl, von der Bundesregierung und den Oppositionsparteien gleichermaßen im Stich gelassen zu werden.

Zwischen Champagnerlaune und Katerstimmung

Ohne die Lage zu dramatisieren kann man prognostizieren, dass es in der Bundesrepublik künftig noch mehr (Kinder-)Armut geben wird. Dies gilt hauptsächlich für Ostdeutschland, wo sich der neoliberal gestaltete Um-

bzw. Abbau des Sozialstaates noch drastischer auswirkt als in Westdeutschland, weil die dortigen Familien stärker auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Nur wenn eine umfassende Kurskorrektur im Regierungshandeln erfolgt, vermag die Wirtschafts- bzw. Sozialpolitik den Trend zur Exklusion eines wachsenden Bevölkerungsteils, darunter besonders vieler Kinder und Jugendlicher, die außerdem immer weniger berufliche Perspektiven haben, aufzuhalten.

Eine soziale Grundsicherung, wie sie das Arbeitslosengeld II laut Gesetzestext für Arbeitsuchende sein möchte, muss vor Armut schützen, damit sie diesen Namen verdient. Das kann man angesichts seiner nur Sozialhilfeniveau erreichenden Leistungen (mit einem Grundbetrag von 345 Euro monatlich für den Haushaltsvorstand im Westen bzw. 331 Euro im Osten plus Erstattung der Miet- und Heizkosten einer „angemessenen“ Wohnung) schwerlich behaupten. Auf zwei Jahre befristete und schon nach einem Jahr auf die Hälfte sinkende Übergangszuschläge und auf drei Jahre befristete Kinderzuschläge für Geringverdiener in der Höhe von maximal 140 Euro verhindern nicht, dass Familien, die darauf zurückgreifen müssen, an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden.

Soziale Grundsicherung sollte vor Armut schützen

Mehr qualifizierte Arbeitsplätze mit ausreichend hohen Löhnen bzw. Gehältern, ein dichtes Netz öffentlicher Kinderbetreuungs-einrichtungen und Ganztagschulen für den Nachwuchs berufstätiger Eltern bilden den Schlüssel zur Bekämpfung der Kinderarmut. Stattdessen bieten die sog. Hartz-Gesetze bloß „Ich-AGs“ sowie „Mini-“ bzw. „Mid-Jobs“, von denen man nicht leben und erst

recht keine Familie ernähren kann, massiven Druck auf Erwerbslose und ein Arbeitslosengeld II, das ihnen keinerlei finanziellen Spielraum eröffnet. Wenn man die Zumutbarkeitsregelungen verschärft und die Mobilitätsanforderungen gegenüber (Langzeit-)Arbeitslosen erhöht, verschlechtern sich außerdem die Chancen für Familien, ein geregelter, nicht durch Zeitdruck und/oder räumliche Trennung von Eltern und Kindern beeinträchtigtes Leben zu führen.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität Köln. Zuletzt erschienen seine Bücher „Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel“, Leske & Budrich, 2003, „Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich“ sowie „Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland“, beide erschienen im VS-Verlag, 2004. Prof. Butterwegge war Referent bei der 60. Pädagogischen Woche des Bezirksverbandes Lüneburg.

40 Jahre in der GEW

Zum 40-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im November folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Peter Buhl (Hude), Klaus Delor (Gifhorn), Frhr. Peter v. Esebeck (Braunschweig), Erika Haase (Ganderkesee), Gerhard Herrmann (Steinhorst), Marlis Imeyer (Wallenhorst), Jürgen Jacob (Lüneburg), Heide Kanopka (Uetze), Günter Koschenschütz (Langen), Rosina Löwer (Rodenberg), Siegfried Petzke (Uslar), Wilfried Rengelshausen (Hildesheim), Klaus Schlünsen (Sibbesse), Klaus Schubert (Braunschweig), Helga Wassermann (Stemmen).

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.

E&W NIEDERSACHSEN

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Telefon (05 11) 3 38 04-0, Fax (05 11) 3 38 04-46, eMail@GEW-Nds.de

Vorsitzender: Eberhard Brandt, Hannover
Verantwortl. Redakteur: Joachim Tiemer, Hildesheim

Redaktion: Dr. Margit Frackmann, Richard Lauenstein, Hans Lehnert, Brunhild Ostermann, Jürgen Sonnemann, Horst Vogel

Postanschrift der Redaktion:

EuW, An der Beeke 5 B, 31137 Hildesheim
Fax (0 51 21) 6 52 50

E-Mail: Joachim.Tiemer@t-online.de
Erziehung und Wissenschaft Niedersachsen (EuW) erscheint monatlich (Doppelausgabe in den Sommerferien). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr (einschl. MwSt.).

Redaktionsschluss ist der 15. des Vormonats. Später eingehende Manuskripte können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Grundsätzlich behält sich die Redaktion bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:

STAMM Verlag GmbH, Goldammerweg 16
45134 Essen, Tel. (02 01) 8 43 00-0
Fax (02 01) 47 25 90

E-Mail: anzeigen@stamm.de

Internet: www.stamm.de

Verantw. für Anzeigen: Mathias Müller

Gültige Preisliste Nr. 27

vom 1. Januar 2004

Anzeigenschluss am 20. des Vormonats

Gesamtherstellung: Kornelia Schick

Adlerstr. 8, 31228 Peine

Tel. (0 51 71) 2 42 54, Fax (0 51 71) 92 93 97

Druck: Druckhaus A. Schläeger GmbH,

Woltorfer Straße 116, 31224 Peine,

Tel. (0 51 71) 4 00 20, Fax (0 51 71) 1 64 24

ISSN 0170-0723